

Großbritannien, Europa und die USA – was kann Kontinentaleuropa aus dem angelsächsischen Modell lernen? Teil IV

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 21.10.2013 (editiert am 25.05.2016)

Wir haben in den [ersten drei Teilen](#) dieser Serie gezeigt, dass Großbritannien bis zum Beginn der Wirtschaftskrise eine durchaus beachtliche wirtschaftliche Entwicklung vorgelegt hat, die der von Frankreich, den USA und Deutschland nicht nachstand, wenngleich sich die rückläufige industrielle Basis in sehr schwachen Ausrüstungsinvestitionen niederschlug, was eine Hypothek für zukünftige Produktivitätszuwächse ist.

Es zeigte sich aber auch, dass der deutsche Sonderweg der Lohnzurückhaltung weder in Sachen Beschäftigung noch in Sachen Investitionstätigkeit erfolgreich war. Klar konnten wir zeigen, wie schwierig sich die Situation Frankreichs darstellt, das eingezwängt ist zwischen dem übermächtigen Deutschland innerhalb der Währungsunion und den anderen großen Ländern, die eine eigene Währung haben und diese schon abgewertet haben. Stellt sich die Frage, ob sich Großbritannien aufgrund seiner größeren monetären und fiskalischen Autonomie und seiner Möglichkeit, weiter auf eine Abwertung des Pfundes zu setzen, schneller und besser aus der Krise befreien kann als Frankreich, das den Zwängen der europäischen Krisenpolitik und der gemeinsamen Geldpolitik unterworfen ist.

Großbritannien verzeichnet seit der Krise eine ganz untypische Entwicklung am Arbeitsmarkt. Das Arbeitsvolumen ist trotz schwacher Produktion seit 2011 etwas gestiegen. Gleichzeitig aber ist die Produktivität seit 2007 nicht mehr gestiegen, was die Preise deutlich nach oben trieb. Nun steht Großbritannien angesichts des engen Zusammenhangs von Reallohnentwicklung und der wichtigsten Nachfragekomponente, dem privaten Verbrauch, vor einem gewaltigen Problem. Weil die finanzkrisenbedingt hohe Arbeitslosigkeit immer noch auf die Einkommen der Arbeitnehmer drückt, ist es kaum wahrscheinlich, dass es zu einer Korrektur der Reallohnentwicklung kommt, wenn nicht ein starker externer Impuls die Wirtschaft anschiebt und die Arbeitslosigkeit so weit senkt, dass die Löhne marktbedingt wieder steigen. Aber auch der Export hat sich wenig dynamisch gezeigt, was angesichts der günstigen Wettbewerbsposition Ausdruck der Tatsache sein kann, dass die britische Industrie nicht mehr stark genug ist, um aus einer solchen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Kapital zu schlagen.

In dieser Situation ist der Staat gefordert, die Rolle des Konjunkturstimulators zu übernehmen. Das hat die Geldpolitik auch von Anfang der Krise an getan, aber es gibt eben keine Garantie dafür, dass niedrige Zinsen hinreichend sind, um die gedämpften Erwartungen von privaten Haushalten und Unternehmen zu überwinden. Angesichts der Dauer der Rezession und der dauernden Rückfallgefahr war die Geldpolitik alleine bisher nicht sehr effektiv bei der Stabilisierung der Wirtschaft. In dieser Situation müsste die Wirtschaftspolitik eingreifen und entweder am Arbeitsmarkt direkt intervenieren oder via fiskalische Expansion die Konjunktur anschieben.

Doch die britische Regierung unter Führung der Torys hat sich entschieden, das Gegenteil zu tun, nämlich ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Lage, Konsolidierungsversuche zu unternehmen. Austeritätspolitik im schlechtesten Sinne ist also angesagt. Da der Arbeitsmarkt natürlich als funktionierender Markt betrachtet wird, sind Eingriffe dort ebenfalls tabu. Eine solche Wirtschaft hat für lange Zeit keine Chance mehr, auf einen normalen Wachstumspfad zurückzukehren, wenn nicht ein Wunder geschieht, also die Weltkonjunktur stark anzieht, das Pfund noch einmal stark abwertet oder die privaten Haushalte irgendwann ihre Sparquote reduzieren. Wie immer – schon unter Margret Thatcher konnte man das beobachten – baut die britische Wirtschaftspolitik auf den privaten Verbrauch. Das kann man tun, aber dann muss man auch die Funktionsbedingungen des Arbeitsmarktes kennen. Ohne irgendetwas dafür zu tun, dass die Arbeitnehmer systematisch und für sie erwartbar am Produktionsergebnis beteiligt werden, kann das nur durch Zufall erfolgreich sein. Eine Regierung, die die stabilisierende Rolle des privaten Verbrauchs für die gesamte Volkswirtschaft erkennt, wird sich nicht auf die Rolle des Beobachters beschränken.

Vergleicht man allerdings Frankreich mit Großbritannien, [sieht](#) man, dass es noch schlechter gehen kann. Das Land muss ebenfalls mit einer Stagnation der Reallöhne und des Arbeitsvolumens zurechtkommen. Die Finanzpolitik ist durch die europäische Krisenpolitik mindestens ebenso stark eingeschränkt wie die britische durch ihre Antistaatsideologie, und die europäische Geldpolitik hat ihre Grenzen in gleicher Weise erreicht wie die Bank of England. Jedoch, und hier kommt der große Haken, Frankreich verliert dauernd Marktanteile im internationalen Wettbewerb, weil es die Lücke von etwa 20 Prozent Rückstand bei den Lohnstückkosten gegenüber Deutschland bisher nicht schließen konnte. Dieser Rückstand wirkt wie eine permanente Bremse in der ohnehin schwachen Entwicklung und kann jederzeit in die Rezession führen. Aus dieser Sachgasse gibt es in der Eurozone keinen Ausweg, solange Deutschland seine Politik nicht grundlegend ändert. Übt die französische Regierung Druck auf die Löhne aus, zerstört es seine noch halbwegs intakte Binnenkonjunktur, lässt es die Löhne auf dem angemessenen Pfad von Produktivität plus Zielinflationsrate steigen, bleibt der Rückstand in der Wettbewerbsfähigkeit zu Deutschland erhalten.

Man sieht an diesen wichtigen Beispielen noch einmal, auf welche Weise die herrschende neoklassische Lehre die westliche Welt in eine Sackgasse manövriert hat. Wer auf den Arbeitsmarkt als funktionierenden Stabilisator vertraut, ist verloren. Die über Jahrzehnte ungleichen Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt haben dazu geführt, dass die Arbeitnehmer und ihre Organisationen die systematische Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt nicht mehr durchsetzen können. Damit ist nicht nur die soziale Marktwirtschaft, sondern auch die Marktwirtschaft als solche zu Ende. Sie ist zu einem Kapitalismus entartet, der nur noch temporär von der Macht der gegenwärtigen Besitzer großer Vermögen gesteuert wird. Wenn aber weltweit die Arbeitslosigkeit weiter steigt und die Nach-

frage der Massen der Menschen weiter sinkt, sind auch die größten Vermögen in ihrem Bestand gefährdet, weil sie mangels Nachfrage keine Rendite mehr abwerfen.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 21.10.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/10/abo-artikel-grossbritannien-europa-und-die-usa-was-kann-kontinentaleuropa-aus-dem-angelsaechsischen-modell-lernen-teil-iv/>